

Datenschutzinformationen zur Datenerhebung für das Beschwerdeverfahren des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)

ZWECK UND RECHTSGRUNDLAGEN DER DATENVERARBEITUNG

Zweck der Datenverarbeitung im Rahmen des Beschwerdeverfahrens zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) ist die Entgegennahme und Bearbeitung von Meldungen über menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken oder die (potentielle) Verletzung menschenrechtlicher oder umweltbezogener Sorgfaltspflichten im eigenen Geschäftsbereich oder in den Lieferketten des Städtischen Klinikums Dresden.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung und Erhebung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Beschwerdeverfahrens ist der Art. 6 Abs. 1 c) der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit den Paragraphen 8 und 10 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes unter Beachtung der Grundsätze der Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art.4 DSGVO.

VERANTWORTLICHER FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO ist Herr Dirk Köcher, Kaufmännischer Direktor des Städtischen Klinikums Dresden.

ART DER DATEN

Im Rahmen des Beschwerdeverfahrens zum LkSG können folgende personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet werden, sofern diese übermittelt werden:

- meldende Person (Name, Unternehmen, Abteilung, Funktion, Kontaktdaten, Sachverhaltsbeschreibung)
- potentiell verletzende Person (Name, Unternehmen, Abteilung, Funktion, Kontaktdaten, potentielle Verhaltensverstöße, Sachverhaltsbeschreibung)

EMPFÄNGER DER DATEN

Im Rahmen des Meldeverfahrens erhobene personenbezogene Daten werden generell vertraulich behandelt und nur denjenigen Personen des Städtischen Klinikums Dresden bekanntgegeben, die für die Entgegennahme von Meldungen oder für die Durchführung von Folgemaßnahmen zuständig sind, die sie bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützen oder sofern es für die Sachverhaltsaufklärung erforderlich sein sollte.

Darüber hinaus dürfen Informationen über die Identität der meldenden Person oder über sonstige Umstände, die Rückschlüsse auf deren Identität ermöglichen, weitergegeben werden, sofern

- die Weitergabe für Folgemaßnahmen erforderlich ist und/oder
- die meldende Person zuvor in die Weitergabe eingewilligt hat.

Die Weitergabe personenbezogener Daten der potentiell verletzenden Person an Dritte (z.B. Staatsanwaltschaft, Polizei) erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 f DSGVO i.V.m. § 17 LkSG:

- in Strafverfahren auf Verlangen der Strafverfolgungsbehörden,
- aufgrund einer Anordnung in einem einer Meldung nachfolgenden Verwaltungsverfahren,
- aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung oder
- im Rahmen der Berichterstattung über die Erfüllung der Sorgfaltspflichten gegenüber dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

AUFBEWAHRUNGSFRISTEN UND LÖSCHUNG DER DATEN

Für die personenbezogenen Daten, die im Rahmen von Meldungen und weiteren Untersuchungen aufgenommen wurden, beträgt die Aufbewahrungsfrist - sofern die Beschwerde nicht weiterverfolgt wird - drei Monate nach Abschluss der Untersuchungen.

Müssen die Daten nach Untersuchungsabschluss für Disziplinar- oder Gerichtsverfahren sowie andere Streitfälle herangezogen werden, verlängert sich diese Frist entsprechend.

Nach Abschluss möglicher Verfahren werden personenbezogene Daten für einen Zeitraum von sieben Jahren gespeichert. Die Einhaltung der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und der datenschutzrechtlichen Bestimmungen wird durch die Beschwerdestelle sichergestellt.

RECHTE BETROFFENER PERSONEN

Betroffenen Personen stehen folgende Rechte nach Art. 15 bis 22 DSGVO zu:

- Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Datenübertragbarkeit;
- Widerspruchsrecht gegen Verarbeitungen, die auf berechtigte Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten (Art. 6 Abs. 1 f DSGVO) gestützt werden.

Sie können darüber hinaus eine erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen. Die bis zum Widerruf erfolgte Datenverarbeitung wird davon nicht berührt.

Sie können den Widerruf entweder postalisch oder per E-Mail an nachfolgende Kontaktdaten senden:

Städtisches Klinikum Dresden
Datenschutzbeauftragter
Friedrichstr. 41
01067 Dresden

E-Mail: DSB@klinikum-dresden.de

DATENSCHUTZAUF SICHTSBEHÖRDE (GEM. ART. 77 DSGVO)

Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte
Postfach 11 01 32
01330 Dresden

E-Mail: post@sdtb.sachsen.de